

Philipp Müller: Bund soll Ventilklausele anwenden

Die Zuwanderung aus den acht osteuropäischen Staaten hat sich im Mai verfünffacht, wie die az gestern berichtete. Seit die Kontingente am 1. Mai gefallen sind, hat der Bund 989 Personen aus den ehemaligen Ostblockstaaten eine Aufenthaltsbewilligung erteilt. Im Vormonat April waren es nur 195.

Nun fordert der Aargauer FDP-Nationalrat und Migrationsspezialist

Philipp Müller, dass die Ventilklausele angewendet wird. «Der Bundesrat darf nicht denselben Fehler machen, wie im Jahr 2007 bei der EU-15, als damals nach der Aufhebung der Kontingente eine massiv höhere Zuwanderung zu verzeichnen war», sagte Müller gestern gegenüber der az.

Der Bund müsse nun auf Ende Mai 2012 die im Freizügigkeitsabkommen vorgesehene Ventilklausele an-

wenden. Sie erlaubt es, während zweier Jahre die Zuwanderung aus den acht EU-Oststaaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen) ohne Absprache mit der EU bis Ende 2014 zu beschränken. Gemäss Philipp Müller ist dies die letzte Gelegenheit, um die hohe Zuwanderung aus den EU-Oststaaten wirkungsvoll zu limitieren. (FAM)